

Tränen der Erleichterung

Von angespannt bis erleichtert: So erlebt das Aushängeschild der Pflegeinitiative Yvonne Ribi den Abstimmungssonntag.

Chiara Stäheli

BERN. Yvonne Ribi wischt sich über die wässrigen Augen, umarmt ihre engsten Begleiterinnen und strahlt über das ganze Gesicht. «Es ist der Hammer, es ist einfach unglaublich.» Seit acht Jahren fiebert die Geschäftsführerin des Berufsverbands der Pflegefachpersonen (SBK) auf diesen Tag hin. Nun ist es so weit. Nach den ersten Trend-Rechnungen bricht Jubel aus auf der Grossen Schanze, wo sich das Ja-Komitee am Sonntag trifft. Zwar ist der Applaus noch zurückhaltend – die definitiven Ergebnisse sind noch nicht bekannt –, doch bereits jetzt fällt ein Teil der Anspannung von Ribi. Spürbar war diese bis zuletzt. «Ich habe mich sowohl auf eine Annahme als auch auf eine Ablehnung vorbereitet», sagt sie und kramt zwei Karten hervor, die eine rot beschriftet mit «Ablehnung», die andere grün mit «Annahme».

Mit den ersten erfreulichen Nachrichten und mit einem Milchshake ausgestattet fährt Yvonne Ribi mit dem Taxi sodann ins Berner Alterszentrum Viktoria. Dort steht sie dem Schweizer Fernsehen Rede und Antwort – und erklärt auch gleich, wie die Initiative umgesetzt werden soll: «Das Parlament und der Bundesrat stehen nun in der Pflicht. Sie müssen parallel an zwei Dingen arbeiten.» Einerseits sollen die Inhalte des indirekten Gegenvorschlags sobald als

«Ich habe mich sowohl auf eine Annahme als auch auf eine Ablehnung vorbereitet.»

Yvonne Ribi
Geschäftsführerin
des Berufsverbands
der Pflegefachpersonen

VIDEO
Interviews mit Schaffhauser
Gegnern und Befürwortern
der Vorlage unter
www.shn.ch/clipk

möglich im Parlament in Form eines Gesetzes verabschiedet werden. «Zeitgleich fordern wir den Bundesrat auf, eine Arbeitsgruppe zu bilden, welche sich um die Umsetzung unserer Kernforderungen kümmert», so die 45-Jährige. Heisst: Auf Verordnungsebene sollen sowohl die Anzahl Patienten pro Pflegefachperson als auch die Abrechnungsleistungen festgelegt werden. So der Plan des Initiativkomitees.

Historischer Tag für die Schweiz

Kaum hat Ribi den letzten Satz beendet, gehts mit dem Taxi zurück zur Grossen Schanze. Politologe Lukas Gol-der spricht derweil im Schweizer Fernsehen von einem «historischen Sieg». Es ist die erste gewerkschaftliche Volksinitiative, die je von der Bevölkerung angenommen wurde. Golder sagt aber auch, dass die Initianten von der Pandemie profitiert hätten. Es sei dies die «eigentliche Corona-Abstimmung».

Nach der zweiten Hochrechnung gratulieren sich Parlamentarier, Pflegefachfrauen und Verbandsmitglieder gegenseitig zum Resultat: Mit 61 Prozent wurde die Pflegeinitiative vom Stimmvolk klar angenommen. Als schliesslich bekannt wird, dass auch eine deutliche Mehrheit der Stände die Initiative unterstützt, kennen die Feiernden keine Grenzen mehr. Der Champagner fliesst, die Gläser werden in die



Siegerin Yvonne Ribi am Abstimmungssonntag in Bern. BILD KEY

Von Anfang an auf verlorenem Posten

Die Befürworter des Gegenvorschlags blieben praktisch unsichtbar. Sie hatten zwar ihre Argumente, konnten diese aber dem Volk nicht verkaufen.

Rico Steinemann

BERN/SCHAFFHAUSEN. Sie waren schon vor der Abstimmung die Sieger der Herzen: die vielen tausend Pflegekräfte, die sich – nicht erst seit Beginn der Pandemie – unermüdet um Patientinnen und Patienten kümmern. Gegen die Sympathiewelle, die sie genossen, und die durch die Covid-Krise nochmals verstärkt wurde, war aus Sicht der Gegner der Initiative kein Kraut gewachsen.

So gesehen erstaunte es denn auch niemanden aus dem Lager der Befürworter des Gegenvorschlags, dass die Initiative einen klaren Sieg einführte. Dafür gibt es mehrere Gründe. So sagt beispielsweise die Gesundheitspolitikerin Ruth Humbel (Die Mitte), die den indirekten Gegenvorschlag im Parlament lancierte: «Die Initiative kam sehr sympathisch daher. Ich bin an verschiedenen Orten aufgetreten. Und wurde häufig nach dem Inhalt des Gegenvorschlags gefragt. Es war für die Menschen schwer, zu verstehen, was genau dahinter steckt.»

Humbel betont, dass sie einige der Forderungen der Initiative teile. «Aber das Gesundheitswesen ist in unserem föderalistischen System Sache der Kantone.» Es sei bei dieser Abstimmung auch um eine staatspolitische Frage gegangen. Die Themen Ausbildung und selbständiges Abrechnen habe das Parlament im Gegenvorschlag aufgenommen. «Alles, was tiefer geht, wird nie ohne die Kantone zu regeln sein», erklärt die Nationalrätin. Das hätte man aber auch in einer teuren Kampagne nur schwierig transportieren können. Die Nationalrätin vermutet, dass vielen Pflegenden diese staatspolitische Ebene nicht bewusst war, und wirft den Funktionären des Pflegeverbandes vor,



«Die Pflegenden werden enttäuscht sein. Denn praktisch werden sie im nächsten Jahr und auch in zwei Jahren nichts haben.»

Ruth Humbel
Nationalrätin Die Mitte

dass sie den Mitgliedern diesbezüglich keinen reinen Wein eingeschenkt haben. «Die Pflegenden werden enttäuscht sein. Denn praktisch werden sie im nächsten Jahr und auch in zwei Jahren nichts haben.» Der Bundesrat könne auch nicht einfach Fachpersonen aus dem Hut zaubern. Die Zürcher FDP-Nationalrätin Regine Sauter sah ein Problem darin, dass es keine wahrnehmbare Kampagne für den Gegenvorschlag gegeben habe. Sie führt das auch auf fehlende Mittel zurück. Sauter moniert, dass es schwierig gewesen sei, diesen Gegenvorschlag zu erklären. «Ein Nein zur Initiative ist ein Ja zum Gegenvorschlag. Das habe ich stets versucht klar zu machen.» Auf dem Stimmtzettel stehe aber nur Ja oder Nein zur Pflegeinitiative. Weiter sagt die in Flurlingen aufgewachsene Gesundheitspolitikerin: «Ich bedauere diesen Entscheid. Mit dem indirekten Gegenvorschlag hätten wir morgen starten können.»

Kristian Schneider ist selbst Pflegefachmann und Vorstandsmitglied des Spitalverbandes H+. Er nimmt die Niederlage sportlich und betont, dass er froh ist über das deutliche Signal zur Stärkung der Pflege. Schneider erwartet nun, dass Bundesrat und Parlament ihre Verantwortung wahrnehmen. Zudem kritisiert der Pflegefachmann die Initianten und moniert, dass sie und die Gewerkschaften eine Berufsgruppe nutzen, um ihre politischen Absichten durchzusetzen. «Und das tun sie im Wissen, dass es in der Pflege schwierig wird. Denn uns fehlen die Pflegenden auf jeden Fall. Wir können nicht nochmals einen mehrjährigen politischen Prozess in Bern gebrauchen.» Genau dazu wird es nun aber kommen.

Reaktionen



Patrick Portmann
Komitee
«Ja zur Pflegeinitiative»

Bei SP-Kantonsrat und Pflegefachmann Patrick Portmann herrschte gestern Hochstimmung. «Es ist ein historischer Erfolg, den wir heute erlangt haben», sagte er nach dem Vorliegen des kantonalen Resultats. «Es freut mich besonders, dass der Ja-Anteil des Kantons Schaffhausen über dem nationalen Ja-Anteil liegt.» Nun seien die Stände- und Nationalräte am Zug, diesen Volkswillen umzusetzen. «Es mag sein, dass es nun länger geht als mit dem Gegenvorschlag, aber die Initiative ist allumfassender als der Gegenvorschlag», so Portmann. Die Bevölkerung wolle, dass die Arbeitsbedingungen der Pflege verbessert würden, beispielsweise die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, damit die Leute länger in der Pflege bleiben würden. «Das muss nun auch auf der bürgerlichen Seite gesehen werden.» Portmann räumt ein, dass die Pandemie der Initiative geholfen habe. Der SP-Politiker betont aber auch, dass die Initiative zuvor aufgegleist worden war.



Hannes Germann
Ständerat (SVP)

Der Schaffhauser Ständerat Hannes Germann (SVP) nahm die Niederlage relativ gelassen. «Das Parlament muss jetzt über die Bücher und die Verfassungsbestimmungen in Gesetz giessen», sagte er. Dass es nun zu Verzögerungen komme, bezeichnete er als bedauerlich. «Wir müssen das so akzeptieren. Die Initianten wollten alles.» Mit dem indirekten Gegenvorschlag hätte man direkt loslegen können, eine Milliarde sei für die Ausbildung der Pflege bereit gelegen. Germann sieht grosse Herausforderungen bei der Umsetzung von Teilen der Initiative: «Sie will Arbeitsbedingungen festlegen. Es ist aber nicht Sache des Bundes, vorzuschreiben wie Kantone und Gemeinden ihre Angestellten zu entlohnen haben.» Er versprach, das Bestmögliche aus dem Auftrag der Bevölkerung zu machen. Das Parlament werde wohl umstrittene Punkte der Initiative vorziehen und die komplizierteren später angehen.

Kommentar

Der Gegenvorschlag hatte nie eine Chance

Die Pflegeinitiative genoss von Anfang an viele Sympathien, die Gegner hatten einen schweren Stand. Sie wurden zwar nicht müde, zu betonen, dass sie nicht gegen die Pflege seien, sondern für den indirekten Gegenvorschlag. Aber diesen Umstand dem Volk zu verkaufen, daran scheiterten sie.



Rico Steinemann
Inlandredaktor
rico.steinemann@shn.ch

Die Message der Initianten war einfach, gewinnbringend und gewann durch die Covid-Krise zusätzlich an Gewicht: «Die Pflegekräfte sind am Anschlag, dagegen müssen wir etwas tun und den Berufsstand stärken.» Der Gegenseite blieb die undankbare Aufgabe zu erklären, dass man die Forderungen zwar teile, aber die Umsetzung am föderalistischen System scheitere. Das konnte nicht gut gehen. Wie geht es weiter? In Etappen, sagen verschiedene Politikerinnen und Politiker aus National- und Ständerat. Will heissen: erst die Ausbildungs-offensive ins Trockene bringen. Dann folgt der schwierigere Teil mit der Gesetzgebung: Bund, Kantone und Sozialpartner müssen einen Vorschlag über Arbeitsbedingungen und Löhne vorlegen. Das kann Jahre in Anspruch nehmen. Erschwerend kommt hinzu, dass beim Legislaturwechsel in zwei Jahren womöglich andere Mehrheiten gelten. Bis die Initianten wissen, wie viele ihrer Forderungen konkret umgesetzt werden, wird es also noch dauern.



Das Rechtssystem geniesst viel Vertrauen beim Schweizer Stimmvolk. BILD KEY

Volk lehnt Losverfahren bei Bundesrichtern ab

Die Justizinitiative scheitert am Volks- und Ständemehr. Initiant Adrian Gasser will die Abstimmung wiederholen, das Parlament sich hinter wenige Reformen machen.

Andrea Tedeschi

BERN. Dass die Justiz-Initiative scheitern würde, hatte sich Tage schon vor dem gestrigen Abstimmungssonntag abgezeichnet: Alle Kantone und 68,1 Prozent der Stimmbewölkerung lehnten die Vorlage gestern klar ab.

Lange Zeit gab es laut den Umfragen viele Stimmberechtigte, die sich noch keine Meinung gemacht hatten. Das Resultat hätte durchaus knapp ausfallen können, sowohl die eine oder die andere Seite gewinnen. Doch das Komitee rund um den Zuger Unternehmer und Initiant Adrian Gasser vermochte nicht zu mobilisieren und nicht genügend aufzuzeigen, warum die Bundesrichterinnen und Bundesrichter zu wenig unabhängig seien und was die Wahl der Bundesrichter durch das qualifizierte Losverfahren verändert hätte. «Ich habe nie etwas anderes erwartet», sagte Initiant Adrian Gasser gestern zum Resultat. «Ich bin nicht enttäuscht über das Abstimmungsergebnis, sondern nur bestärkt.» Den Grund für das deutliche Nein sieht Gasser insbesondere bei der negativen Berichterstattung über die Initiative in den Medien oder durch falsche Informationen der Behörden und Parteien. «Dadurch ist die Meinungsbildung sabotiert worden.»

Reform nur einer Idee

Umgekehrt fühlten sich die Mitglieder des Nein-Komitees durch das Resultat bestätigt. «Es ist ein klares Verdikt, dass das Volk unseren Richterinnen und Richtern vertraut und sie als unabhängig empfinden», sagte der Aargauer Nationalrat Beat Flach (GLP). Der Ausserrhodener Ständerat Andrea Caroni (FDP), Präsident des Nein-Komitees und bis gestern Präsident der Gerichtskommission, sagte: «Die Initianten haben ein düsteres und falsches Bild gezeichnet über unsere Justiz. Ich bin enorm froh, dass eine Mehrheit das nicht so sieht.» Er teile die Analyse und die Lösung der Initiative nicht, aber weil es sie gäbe, sei es ein Ansporn gewesen, sich zu überlegen, was besser werden könne. «Weil besser kann man immer werden.»

Doch was will das Parlament ändern? Für die Urner Mitte-Ständerätin Heidi Z'graggen ist das deutliche Abstimmungsergebnis eine klare Absage der Bevölkerung, am heutigen System überhaupt etwas zu ändern. Auch Nationalrat Flach sagte: «Der Leidensdruck im Bundesparlament für Reformen ist nicht gross genug.»

Tatsächlich bewegt sich das Parlament kaum. Eine Mehrheit der National- und Ständeräte hatte einen indirekten Gegenvorschlag zur Initiative abgelehnt, so auch den Minderheitsantrag, die Amtsdauer der Bundesrichterinnen und Bundesrichter auf zwölf Jahre zu begrenzen, um sie keinem möglichen politischen Druck auszusetzen. Auch an der umstrittenen sogenannten Mandatssteuer, welche die Richter an Parteien ausrichten, will die Rechtskommission des Nationalrats (RK-N) festhalten, wie eine Mehrheit vor rund einer Woche entschieden hatte. Einen entsprechenden Vorstoss hatte der Zürcher Nationalrat und FDP-Fraktionspräsident Beat Walti eingereicht. Grund des Entscheids: Der Vorstoss skizziert keine alternative Finanzierungsquelle. «Parteien müssen sich finanzieren können. Wenn die Mandatssteuer wegfällt, braucht es eine andere Lösung für eine angemessene Parteifinanzierung», sagte Flach, der auch Mitglied der RK-N ist.

Durch die Initiative ist vor allem die Gerichtskommission tätig geworden. So will sie zum Beispiel ihre Wahlpraxis online schalten, sei es bei Wahlen oder Abwahlen. Das soll 2023 kommen, muss jedoch zuerst durch eine Subkommission. Bereits eine Hürde genommen hat der Fachbeirat, welcher die Gerichtskommission bei der Auswahl von Bundesrichterinnen und Bundesrichtern spiegeln und unterstützen soll. Dem Vorschlag geben Mitglieder der Rechtskommission des National- und Ständerats gute Chancen. Hannes Germann jedoch, Schaffhauser SVP-Ständerat und Mitglied der Gerichtskommission, unterstützt die Idee nicht. Er sieht keine Notwendigkeit für einen Fachbeirat. «Mit einem Fachbeirat würde sich die Gerichtskommission quasi obsolet machen. Das kann wohl nicht das Ziel sein», sagte er. «Die Vorschläge der Gerichtskommission haben eine grosse Akzeptanz.»

Initiant Adrian Gasser will nicht aufgeben. Gestern kündigte er an, dass er die Abstimmung über die Justizinitiative in zwei oder drei Jahren wiederholen will.

Kommentar

Justiz-Initiative: Trotz Nein braucht es Reformen

Die Stimmberechtigten lehnen die Justiz-Initiative klar ab. Für viele ging der qualifizierte Losentscheid zu weit. Zu fraglich schien, ob das neue Verfahren nicht doch in einem Experiment endet, statt zu unabhängigeren Bundesrichterinnen und Bundesrichtern zu führen, wie das die Initianten prophezeiteln. Die Zweifel konnten sie bis zuletzt nicht entkräften.



Andrea Tedeschi
Inlandredaktorin
andrea.tedeschi@shn.ch

«Das klare Nein wendet sich gegen das Los, nicht aber gegen Reformen.»

Rund ein Drittel des Stimmvolkes aber möchte eine Änderung. Obwohl sie deutlich in der Minderheit sind, kann man sie nicht ganz ignorieren. Es hätten durchaus mehr Befürworter sein können, denn lange gab es viele Umstichlose. Denn die Justiz ist für viele zu abstrakt, zu wenig greifbar im Alltag. Am Geld kann es aber nicht gelegen haben. Der Initiant und Industrielle Adrian Gasser hatte die Unterschriften-sammler für seine Initiative bezahlt und Millionen in die Kampagne gesteckt. Er hat es jedoch verpasst, breit zu mobilisieren, ein Komitee zu etablieren, das sich öffentlichkeitswirksam mit ihm für seine Idee einsetzt. Das zeigt, dass man mit Geld allein eine Abstimmung nicht kaufen kann. Dennoch haben die Initianten einen berechtigten Reformbedarf sichtbar gemacht: Die Mandatssteuer ist umstritten, die Richterwiederwahl wegen möglichen Druckversuchen ebenfalls. Beides zu ändern, begrüssert der Schweizer Richterverband. Das Parlament will jedoch nur ein Fachgremium debattieren und umsetzen, eine von vielen Ideen. Das ist aber zu wenig. Denn das klare Nein wendet sich gegen das Los, nicht aber gegen Reformen, die die Unabhängigkeit der Justiz stärken.